

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:254577-2012:TEXT:DE:HTML>

**D-Bonn: Website-Gestaltung
2012/S 152-254577**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Beschaffungsamt des BMI
Brühler Straße 3
Kontaktstelle(n): Referat B 1
Zu Händen von: Uwe Jetzlsperger
53119 Bonn
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 228996101012
E-Mail: uwe.jetzlsperger@bescha.bund.de
Fax: +49 22899106101012

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: www.beschaffungsamt.de

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

e-Vergabe-Plattform des Bundes, www.evergabe-online.de (Dieses Verfahren wird ausschließlich elektronisch durchgeführt!)

DEUTSCHLAND

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

e-Vergabe-Plattform des Bundes, www.evergabe-online.de Dieses Verfahren wird ausschließlich elektronisch durchgeführt!)

DEUTSCHLAND

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Konzeptionelle und redaktionelle Betreuung des Onlineportals - Deutschland Archiv - für die Bundeszentrale für politische Bildung (BPB).

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 27: Sonstige Dienstleistungen

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Bonn.

NUTS-Code

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Das „Deutschland Archiv“ ist ein Unterportal der Website der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB), das über die Geschichte der deutschen Teilung, die Deutschlandpolitik, den Vereinigungsprozess, die Lage in den ostdeutschen Ländern und den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland seit 1990 informiert sowie die Rolle des vereinten Deutschlands in der Welt diskutiert. Aktuelle Aufsätze aus den Bereichen Zeitgeschichte/ Zeitgeschehen, zur Erinnerungs- und Gedenkkultur, ferner Dokumentationen und Literaturberichte zu Themenschwerpunkten bestimmen das Programmangebot des Online-Portals.

Ziel ist es, Bindeglied zwischen Wissenschaft und allgemeiner Publizistik zu sein, damit neue Forschungsergebnisse in die breite öffentliche Diskussion und in die politische Bildung Eingang finden können. Bis 2010 erschien das „Deutschland Archiv“ als Zweimonatszeitschrift ausschließlich im Print-Format. Seit Januar 2011 werden die Beiträge des „Deutschland Archiv“ über monatliche Onlinejournale auf der Homepage der BPB kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Anlässlich dieser Ausschreibung der konzeptionellen und redaktionellen Betreuung des Onlineformates soll der bisherige Testbetrieb inhaltlich und den neueren technischen Entwicklungen entsprechend weiterentwickelt werden. Die BPB erhofft sich eine „lebendige“ Website als Ergebnis der Neukonzeption.

Aufgabe der bpb ist es, „Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken“. Allen 3 Zielvorgaben muss das Onlineportal entsprechen. Zudem ist die BPB zu einer ausgewogenen Haltung verpflichtet.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

72413000

II.1.7) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): nein

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Pflege und Weiterentwicklung der Website (siehe Beschreibung des Auftrags bei Punkt II.1.5).

Vertragslaufzeit: 1.1.2013 - 31.12.2013.

II.2.2) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Möglichkeit der optionalen Vertragsverlängerung viermal um jeweils 1 Jahr.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 1.1.2013. Abschluss 31.12.2013

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Es werden keine Kautionen und Sicherheiten gefordert.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Innern sowie die „Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen“ (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Keine besondere Rechtsform; ein Angebot von Arbeitsgemeinschaften und anderen gemeinschaftlichen Bietern findet nur Berücksichtigung, wenn eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abgegeben wird, in der die einzelnen Mitglieder genannt sind und ein Mitglied als bevollmächtigter Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags benannt ist. Außerdem müssen sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für alle im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehenden Verbindlichkeiten zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit steht mit den Vergabeunterlagen zum Download bereit. Die Signatur des Bieters unter dem Angebotsformular erstreckt sich uneingeschränkt auch auf diese Erklärung.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Bei geplanter Übertragung aller oder wesentlicher Teile der ausgeschriebenen Leistungen auf Subunternehmen ist für jedes Subunternehmen bereits mit dem Angebot eine Erklärung über Art und Umfang der zu übertragenden Leistungsteile einzureichen.

Spätestens bis zur beabsichtigten Zuschlagserteilung sind eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck) sowie ein Nachweis, dass Ihnen zum Zeitpunkt der Auftragserfüllung die erforderlichen Kapazitäten und Mittel des Subunternehmers zur Verfügung stehen werden, einzureichen.

Bei Bildung von Bietergemeinschaften ist für jedes Mitglied mit dem Angebot eine Erklärung über Art und Umfang der zu übertragenden Leistungsteile und eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck) einzureichen.

Bietergemeinschaften werden nur berücksichtigt, wenn sie eine formlose, von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abgeben, in der die einzelnen Mitglieder genannt sind, in der ein Mitglied als bevollmächtigter Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages benannt ist und in der sich die Mitglieder für

alle im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehenden Verbindlichkeiten zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichtet.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: nein

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offen

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

B 1.14 - 9212/12/VV: 1

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 12.9.2012 - 16:59

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

25.9.2012 - 11:30

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

bis: 2.11.2012

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Dieses Vergabeverfahren wird nur elektronisch durchgeführt! Voraussetzung für Ihre Beteiligung ist die Verwendung einer zugelassenen elektronischen Signatur und die Registrierung auf der e-Vergabeplattform unter <http://www.evergabe-online.de>. Die zugelassenen Signaturen finden Sie unter <http://www.evergabe-online.info/signaturen>. Sie erhalten ausschließlich elektronische Vergabeunterlagen unter <http://www.evergabe-online.de> und können das Angebot und die geforderten Nachweise auch nur dort elektronisch abgeben.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Villemombler Str. 76
53123 Bonn
DEUTSCHLAND
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 22894990
Internet-Adresse: www.bundeskartellamt.de
Fax: +49 2289499400

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerbenschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, dem Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern (BeschA). Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim BeschA zu rügen (§ 107 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB). Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe oder Bewerbung gegenüber dem BeschA geltend gemacht werden (§ 107 Abs. 3 Nr. 2-3 GWB).

Teilt das BeschA dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer zu stellen. Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 101a GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch das BeschA geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das BeschA.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

6.8.2012